

## SPD besorgt um die Soziale Stadt

B ad Cannstatt/Neugereut: Verwaltung soll Folgen von Kürzungen aufzeigen

**(if) - In dieser Woche soll im Bundestag darüber entschieden werden, ob die Bundesmittel für das Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“ gekürzt werden. Die SPD hat nun in einem Antrag die Stadt aufgefordert, die geplanten Kürzungen aufzuzeigen.**

Am 28. Juli hatte der Gemeinderat auf Antrag der SPD-Fraktion in einer Resolution gefordert, die Städtebaumittel nicht zu kürzen. Deshalb hat der Gemeinderat auch an die Landesregierung Baden-Württemberg appelliert, die Finanzhilfen des Landes in der bisherigen Höhe fortzusetzen. Leider habe weder die Positionierung des Städtetags noch die Willensäußerung der Stadt Stuttgart die erhoffte Wirkung erzielt, bedauern die Sozialdemokraten. In den laufenden Beratungen des Bundeshaushalts wurde nach Informationen der SPD ausgerechnet, dass die sozialen Maßnahmenpakete des Programms „Soziale Stadt“ von bundesweit 95 Millionen Euro auf 28 Millionen Euro gekürzt werden sollen. „Man muss leider davon ausgehen, dass die Kürzung kommt“, sagt SPD-Stadtrat Manfred Kanzleiter. Deshalb müsse die Stadtverwaltung klären, ob in Stuttgart Mittel gekürzt werden. Auch sei wichtig zu wissen, wie das Land reagiere, wenn Bundesmittel wegfielen. Was die Soziale Stadt Neugereut betreffe, wären dort vermutlich insbesondere nichtinvestive Projekte von Kürzungen betroffen. „Wir befürchten, dass durch die Kürzung der Fördermittel des Bundes der Erfolg der begonnenen Maßnahmen auch in Stuttgart gefährdet ist“, heißt es in dem Antrag. So stehe und falle beispielsweise die Erneuerung des Hallschlags nicht nur mit den dort begonnenen Investitionen in den Wohnungsbau und das Wohnumfeld, sondern auch mit dem beantragten Modellvorhaben Bildung.

Wir informieren Sie, sobald es zu diesem Thema Neues gibt!

[Informieren](#) | [Einloggen](#) | [Registrieren](#)

Wie die Cannstatter Projektleiterin Ulrike Bachir vom Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung erklärt, sei das Thema bekannt und werde im Stadtteil heiß diskutiert. Die Unsicherheit mache den Leuten Angst, so Bachir. Es gebe Befürchtungen um Kürzungen für die Soziale Stadt Hallschlag für den nichtinvestiven Bereich. Das Konzept für das Modellvorhaben Bildung sei ausgeschrieben und ausgearbeitet worden. Der Antrag sei gestellt. Nun sei unklar, ob Mittel aus dem Bund-Länder-Programm dafür fließen. Die Sozialdemokraten machen darauf aufmerksam, dass der Erfolg der Revitalisierung des Ladenzentrums Neugereut direkt von der Durchführung des begonnenen Einzelhandelsgutachtens und dem anschließenden Modellvorhaben abhängt.

Die SPD-Fraktion fordert nun, dass die Verwaltung kurzfristig darstellt, wie sich die Kürzungen des Bundes auf die Fördersituation der Stadt Stuttgart für die Sanierungsmaßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz auswirkt. Auch soll die Verwaltung berichten, wie sich die Situation der so genannten nichtinvestiven Maßnahmen darstellt. Dies gelte speziell für begonnene und allgemein geplante Projekte.

Die Sozialdemokraten fordern, dass unabhängig von den Auswirkungen der Kürzungen des Bundes, die Programme der „Sozialen Stadt“ in Stuttgart weitergeführt werden müssten. Deshalb fordern sie die Verwaltung auf, zu beziffern, in welchem Umfang das Land für den Bund in die Bereich springen wird respektive wie sich die Finanzierungssituation tatsächlich darstellt. Auch wollen sie wissen, welche Auswirkungen sich für den städtischen Haushalt ergeben.

Artikel vom 24.11.2010 © Eßlinger Zeitung



[Empfehlen](#)

[Registrieren](#), um die Empfehlungen deiner Freunde sehen zu können.



Aktuelle Nachrichten aus der Region jeden Morgen im Briefkasten.  
14 Tage kostenlos die Eßlinger Zeitung testen.